

Beschluss des Landrats vom 02.06.2022

Nr. 1559

27. 5G einführen? Aber richtig! Strategische Infrastruktur stärken 2021/323; Protokoll: ps, ama

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, der Regierungsrat lehne die Motion ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Stefan Degen (FDP) erklärt, es gehe um das Thema, das beim vorherigen Traktandum diskutiert worden sei, nämlich um die Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, damit die Infrastruktur so rasch als möglich ausgebaut werden kann. Es geht nicht darum, dass der Kanton Investitionen tätigt oder Antennen aufstellt, sondern um die heute bestehenden Hürden beziehungsweise die Möglichkeit zur Schaffung solcher Hürden zu beseitigen. Es gibt technologiefeindlichere und fortschrittlichere Meinungen hier im Saal, und der Redner möchte auch hören, ob der Vorstoss allenfalls als Postulat überwiesen werden könnte.

Thomas Noack (SP) erwähnt, Désirée Jaun habe sich bereits zu Haltung der SP-Fraktion geäußert. Die SP-Fraktion erachtet den Ausbau der Technologie ebenfalls für sinnvoll, wo nötig, aber der Ausbau muss sorgfältig erfolgen. Die Argumentation des Regierungsrats lautet, dass die Voraussetzungen geschaffen sind und die Mobilfunkunternehmen zuständig seien und dass die Verantwortung des Kantons darin liegt, dass die Gesetzeskonformität des Ganzen sichergestellt ist. Dieser Argumentation folgt die SP-Fraktion und lehnt deshalb die Motion ab.

Florian Spiegel (SVP) erklärt, die Fraktion habe das vorhergehende Postulat geschlossen unterstützt, spreche sich jedoch beim vorliegenden Vorstoss gegen eine Überweisung als Motion aus.

Auch die Fraktion Grüne/EVP lehne die Motion ab, so **Erika Eichenberger Bühler** (Grüne). Dies nicht aus Technologiefeindlichkeit, sondern weil auch die allgemeinen Bedürfnisse der Bevölkerung wahrgenommen werden. Gegen Antennen gibt es immer noch zahlreiche Einsprachen. Solange nicht wirklich geklärt ist, welches die Auswirkungen von 5G sind, soll nicht einseitig auf eine Technologie gesetzt werden – ob diese nun 5G, 6G oder anders heisst. Das Glasfasernetz ist ein sicheres Netz, das viele Daten übertragen kann, auch von vielen Firmen. Diesen Sicherheitsaspekt gilt es auch im Auge zu behalten. Diesbezüglich sind noch viele Aufgaben zu erledigen.

Markus Dudler (Die Mitte) fasst zusammen, mit einem Postulat verbaue man sich nichts. Die Fraktion unterstützt ein Postulat, lehnt eine Überweisung als Motion hingegen ab.

Klaus Kirchmayr (Grüne) spricht für eine Minderheit der Fraktion Grüne/EVP. Die Kommunikationsinfrastruktur und ihre Bedeutung sei gigantisch und werde nicht ausreichend wertgeschätzt in der Gesellschaft. Es ist selbstverständlich, dass diese funktioniert. Leider kommt die Wertschätzung immer erst dann, wenn ein Gut knapp wird oder ganz weg ist. Der Redner glaubt, dass nur dann die Energiewende geschafft werden kann und die riesigen Potenziale zum Energiesparen genutzt werden können, wenn mehr Informationen dichter, engmaschiger genutzt werden. Das Potenzial ist gewaltig und führt nicht nur über Glasfaserkabel – jede Verlegung eines Glasfaserkabels ist eine Tiefbauarbeit und sehr teuer. Soll die Infrastrukturen feinmaschig vernetzt werden, wird dies in Zukunft nur über 5G oder 6G gehen. Die Klima- und Energiefrage steht für den Redner über der Frage, ob die letzte Unsicherheit bezüglich der Auswirkungen von 5G ausgeräumt wird. Die Kommunikationsinfrastruktur braucht mehr Gewicht, weshalb der Redner den Vorstoss unterstützt, auch als Motion.

Stefan Degen (FDP) dankt Klaus Kirchmayr dafür, dass dieser fortschrittlich sei und das Potential der 5G-Technologie erkenne. Er selbst zeigt sich bereit, seine Motion in ein Postulat umzuwandeln. Aus den Antworten des Regierungsrats werde man die notwendigen Massnahmen ableiten können. Wenn die Mobilfunkunternehmen die notwendige Infrastruktur aufbauen sollen, muss ihnen dies auch ermöglicht werden, und hier bestehen heute noch gewisse Hürden. Auch wenn Stefan Degen eine Motion nach wie vor sinnvoll gefunden hätte, zeigt er sich überzeugt, dass man mit einem Postulat letztlich zu den gleichen Schlüssen kommen werde. Er bedankt sich im Voraus für die Unterstützung seines Anliegens.

Yves Krebs (glp) stellt fest, dass heutzutage gegen alles Einsprache erhoben werde, egal ob es sich um eine Solaranlage im hintersten Bergdorf oder um ein Windrad im Hardwald handle. Auch gegen 5G besteht mit den stetig gleichen Argumenten grosser Widerstand. Niemand müsse befürchten, Wählerstimmen zu verlieren, wenn er oder sie auf derart abenteuerliche Argumente nicht eingehe. Auch soll den 5G-Gegnerinnen und Gegnern nicht noch eine zusätzliche Plattform zur Verfügung gestellt werden. Mittlerweile ist es ausreichend erwiesen, dass die Strahlenbelastung nicht steigt, nur weil mehr Daten übertragen werden. Yves Krebs zeigt sich verstimmt über die grosse Skepsis und Feindlichkeit gegenüber neuen Technologien. Auch hinsichtlich der Energiewende wird 5G zu den Schlüsselinfrastrukturen gehören. Je mehr 5G-Masten, desto tiefer die Strahlung bei der Datenübertragung.

Marc Schinzel (FDP) hält es für wichtig, sich den Zukunftstechnologien ernsthaft anzunehmen. Es geht nicht an, dass Jahr für Jahr die gleichen Antworten vorliegen und trotzdem moniert wird, es seien noch keine ausreichenden Abklärungen vorgenommen worden. Auch wenn man die heute diskutierten Vorstösse unterstützt, werden damit nicht sämtliche Vorsichtsmassnahmen ausser Acht gelassen. Immer wieder die Position einzunehmen, die Technologie sei nach wie vor zu unsicher, erscheint Marc Schinzel nicht zielführend und gar bedenklich. Gerade die SP-Fraktion ist offenbar nicht im Stande, eine Position bezüglich der 5G-Technologie zu formulieren. Es geht darum, moderne Kommunikationstechnologien zu nutzen, diese aber sicher und sorgfältig anzuwenden. Marc Schinzel erinnert an Klaus Kirchmayrs Votum: Gerade auch bei der Bewältigung der Klimakrise wird es wichtig sein, neue Technologien einzusetzen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) relativiert das schon beinahe unheimliche Lob von bürgerlicher Seite und meint, bei Fragen zu Energietechnologien müssten sich die Bürgerlichen dann genauso offen zeigen. Der SP oder den Grünen Technologiefeindlichkeit vorzuwerfen und andererseits das eine oder andere Mal bei neuen Energietechniken auf die Bremse zu stehen, erachtet Klaus Kirchmayr als nicht konsequent. Nichts desto trotz kann festgehalten werden, dass die Kommunikationsinfrastruktur wichtig ist und immer wichtiger werden wird, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Dabei gilt es, Abwägungen vorzunehmen. Beim hier diskutierten Thema 5G kann man nun durchaus einen Schritt vorwärts machen!

Bálint Csontos (Grüne) relativiert noch weiter. Das Klima ist kein Argument für 5G und dessen Anwendung. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass die Anwendung von 5G zu einem erheblichen zusätzlichen Energieverbrauch führen wird.

Andrea Heger (EVP) betont, es gehe nun nicht um eine Frage von Technologiefreundlichkeit oder -feindlichkeit. Der Kerninhalt des aktuellen Vorstosses enthält für sie durchaus auch eine Demokratiekomponente. Bezüglich Technologie sollte auf jeden Fall die Variante Glasfaser ebenfalls in Betracht gezogen werden, auch wenn damit nicht ganz so viel ermöglicht würde, wie mit 5G gemacht werden kann. Betreffend gewisser Bedenken hinsichtlich Strahlenbelastung und Gesundheit ist für Andrea Heger klar, dass 5G sogar Verbesserungen bringen kann. Dennoch müssen die

noch offenen Fragen ernst genommen und die demokratischen Prozesse eingehalten werden.

Genau dieser Aspekt scheint ihr zweifelhaft, wenn es im Postulatstext heisst:

«Der Regierungsrat wird deshalb beauftragt, den Ausbau der Mobilfunktechnologie als strategische Infrastruktur sicherzustellen und entsprechende Massnahmen zu ergreifen oder zu planen, damit der Gesamtausbau beim Mobilfunk nicht gefährdet wird.»

Dies bedeutet: «Ich will den Gesamtausbau beim Mobilfunk, und es soll alles dafür getan werden.» Angedacht wird eine Beschränkung der Einsprachemöglichkeiten, und genau dies ist laut Andrea Heger zu vermeiden. Die Demokratie soll nicht eingeschränkt werden, deshalb wird sie selbst die Überweisung des Vorstosses ablehnen.

Andreas Dürr (FDP) wendet sich an Klaus Kirchmayr und bezieht sich auf dessen Relativierung: Ihm selbst ist keine Energietechnologie bekannt, welche die FDP nicht unterstützen würde. Die FDP unterstützt die Solarenergie und setzt sich dafür ein, dass in der BUD Solardächer schneller gebaut werden können. Auch die Grimselstaumauererhöhung oder weitere neuen Technologien werden unterstützt. Aus diesem Grund zeigt er sich von Klaus Kirchmayrs Aussagen überrascht, insbesondere, weil dieser kein Beispiel für die mangelnde Unterstützung von neuen Technologien durch die Bürgerlichen nannte.

Marc Schinzel (FDP) informiert Bálint Csontos, dass im Zusammenhang mit der 5G-Kommunikationstechnologie durchaus von Energieoptimierungen gesprochen werden könne. Es geht um intelligente Steuerungen energetischer Nutzungen sowohl im industriellen als auch im privaten Bereich. Es geht um die Frage, wie die Energienutzung mittels einer modernen Kommunikationstechnologie optimiert werden kann. Aus diesem Grund leistet 5G sehr wohl einen Beitrag auch im Klimabereich. Ausserdem bestehen weitere interessante Anwendungen, beispielsweise im Medizinalbereich. In der neuen 5G-Technologie ist viel Potenzial vorhanden und dieses sollte nun auch genutzt werden.

Marco Agostini (Grüne) betont, es gehe hier nicht um die Frage, ob eine Technologie eingeführt werde, denn mit 4G leben wir schon lange mit genau dieser Technologie. Am Votum des Regierungspräsidenten störte er sich. Dieser erklärte, die Strahlung eines Handys am Ohr sei wohl grösser als diejenige der 5G-Antennen. Von der Bestrahlung durch Antennen ist jedoch jeder und jede betroffen, während alle selbst entscheiden können, ob sie ein Handy benutzen. Marco Agostini selbst fürchtet sich nicht vor der neuen Technologie, er lebt sogar neben einer Antenne. Es gibt aber Leute, welche sich dagegen wehren. Dies sind keine Technologieidioten, sondern besorgte Menschen, und auch auf diese ist Rücksicht zu nehmen.

Markus Dudler (Die Mitte) nimmt den Steilpass von Marco Agostini auf. Es bestehen viele Missverständnisse bezüglich des Unterschieds zwischen 4G und 5G. 5G macht es möglich, die Leistung zielgerichtet an den Anwender zu bringen und die Umstehenden von zusätzlicher Strahlenbelastung zu verschonen. Die Diskussion im Rat wird diesem Technologieschritt nicht gerecht. Markus Dudler ist der Ansicht, die Vorteile von 5G würden gerade auch im gesundheitlichen Bereich überwiegen. Er versteht daher die Art und Weise der Diskussionen nicht.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) schickt seinen Ausführungen Folgendes voraus: Es geht beim aktuellen Vorstoss nicht um Technologiefreundlichkeit ja oder nein, sondern um die Frage, wer welchen Auftrag hat. Diese Frage kann klar beantwortet werden: Für die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur zur Betreibung von Mobilfunk wurden Konzessionen erteilt. Die Mobilfunkbetreiber sind somit verantwortlich, dass die notwendige Infrastruktur für Mobilfunk vorhanden ist, dies im Dienste ihrer Kundinnen und Kunden. Auch die Kantone haben ihre Rolle, und diese liegt im Bereich des Vollzugs. Das Anliegen des Vorstosses wird ernstgenommen und es ist klar, dass eine neue Technologie vor dem Kanton nicht Halt machen kann. Trotzdem muss aber auch der

Schutz der Menschen vor Strahlung garantiert sein. Dazu besteht eine Bundesverordnung, für deren Vollzug der Regierungsrat verantwortlich ist. Damit den Mobilfunkbetreibern durch eine verzögerte Behandlung ihrer Gesuche möglichst keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, wurden die Personalressourcen im Bereich der Bewilligungen aufgestockt. Zudem wurde vor rund zwei Monaten angekündigt, dass im Bewilligungsverfahren ein pragmatischer Weg verfolgt werde. Der Kanton leistet also bezüglich Einführung von 5G durchaus seinen Beitrag.

Der Regierungsrat hat nicht den Auftrag, die Mobilfunktechnologie auszubauen. Dazu müssten die Konzessionen zurückgenommen und diese Aufgabe dem Staat übertragen werden. Aus diesem Grund ist der vorliegende Vorstoss falsch adressiert: Es liegt nicht am Kanton, eine explizit und klar den Betreibern zugewiesene Aufgabe wahrzunehmen. Der Regierungsrat nimmt seine Rolle ernst und sorgt dafür, dass der Schutz vor Strahlung gewährleistet ist. Andererseits ist er auch bestrebt, den neuen Technologien keine Hindernisse in den Weg zu legen und da, wo bewilligungsfähige Gesuche vorliegen, diese Bewilligungen so schnell wie möglich zu erteilen.

Zur Technologie selbst: Es genügt seitens der Betreiber nicht, ein Sportidol verkünden zu lassen, 5G sei toll. Die Sorgen der Bevölkerung müssen ernst genommen werden und daher sind bei der Einführung neuer Technologien künftig ernsthaftere Kampagnen notwendig. Das Schweizerische Tropeninstitut veröffentlichte unlängst eine Studie im Auftrag des Kantons Zürich zum Thema persönliche Strahlenbelastung. Dazu muss man klipp und klar sagen: Die persönliche Strahlenexposition kommt im Wesentlichen von den Endgeräten. Diese Erkenntnis führt vielleicht zu weniger ambivalenten Haltungen.

Da der Auftrag des vorliegenden Vorstosses sich – wie bereits gesagt – an den falschen Adressaten richtet, lehnt der Regierungsrat das Anliegen sowohl als Postulat als auch als Motion ab.

://: Mit 46:30 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.
